

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Ott, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Nutze die Zeit!

Die kleinste Sache kannst du gut verrichten!  
Die kleinste Sünde. Aus lauter kleinen Dingen  
Besteht der Tag, bestehen alle Tage,  
Besteht das Leben, darum warte nicht  
Mit deiner Weisheit, deiner Redlichkeit,  
Bis große Dinge mit Posaunen kommen!  
An jedes wende du dein ganz Gemüt,  
Die ganze Seele, alle Lieb' und Treue.  
So wendet an ein jedes kleinstes Blümchen  
Die Sonne ihre ganze Kraft ein Weilchen,  
Die Erde ihren ganzen Fleiß, wenn auch  
Nur kurz, und jedes prangt ihr schön goldmüch.  
Und so bezwingt sie, Tag für Tag, das Jahr.  
Wer nur den Tag gewinnt, der hat die Schlacht  
Gewonnen! Du gewinne Augenblicke!  
Dann hast du jeden Augenblick besiegt,  
Hast du das ganze dir gewonnen,  
Das ganze Leben dir goldmüch, dir leicht  
Die ungeheure Kraft der Zeit gemacht!

Leopold Schefer.

## Unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter.

II.

Die Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes haben wir in der letzten Nummer als eine der wichtigsten Aufgaben aller Verbandsmitglieder bezeichnet. Nicht weniger bedeutungsvoll als wie diese ist aber die zweite Hauptaufgabe, die nach bestem Können in der nächsten Zeit zu lösen versucht werden muß:

### die äußere Stärkung des Verbandes,

die Gewinnung neuer Mitglieder. Wie wichtig diese für unsere Organisation ist, braucht hier nicht erschöpfend dargelegt zu werden. Wenn eine Bewegung in der Hauptsache auch nur beurteilt werden sollte nach der Qualität der in ihr tätigen Anhänger und Mitglieder, so spielt aber auch — wie die Dinge nun einmal in der Welt liegen — die Quantität der Bewegung, die Zahl der Angeschlossenen, die Masse der Bewegung eine sehr große Rolle.

Die Massenbewegung spielt schon eine große Rolle in jedem Kampf mit dem Unternehmertum. Auch in sozialen Institutionen, in Krankenkassen, Gewerbe- und Schiedsgerichten, Versicherungsämtern und auch in Arbeitsgemeinschaften, Reichswirtschaftsstellen usw. ist unsere Bewegung nur im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl entsprechend vertreten. Desgleichen gilt das in demselben Maße auch für die Arbeiter- und Betriebsräte. Für unsere Bewegung kann es durchaus nicht gleichgültig sein, ob wir einige tausend Mitglieder mehr oder weniger zählen. So wie unser Einfluß beschaffen ist in den Arbeiter- und Betriebsräten der einzelnen Betriebe, wird er sich späterhin auch äußern nach oben hin in die noch zu errichtenden Bezirkswirtschaftsräte und im Reichswirtschaftsrat.

Aber auch noch aus einem anderen zwingenden Grunde müssen wir alles daran setzen, in diesem Herbst und Winter unserer Organisation möglichst viele neue Mitglieder zuzuführen. Es ist uns allen nur zu gut bekannt, daß eine Massenbewegung gleichsam wie eine Suggestion wirkt. Wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen mag es in Deutschland wohl geben, die z. B. nur deswegen Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften sind, „weil doch da die meisten Arbeiter organisiert sind“. Es ist aber ganz klar, daß alle noch christlich denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den „freien“ Gewerkschaften die Position unserer Gegner nur stärken helfen und die Stellung unserer Bewegung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben dadurch schwächen.

### Würde auf der ganzen Linie von allen christlichen Gewerkschaftlern mit Nachdruck und Energie an der Zurückgewinnung der Falschorganisierten

gearbeitet, dann würde und müßte schon bald die Zeit kommen, wo das Schlagwort: „Wir sind die Mehreren“, seine innere Berechtigung verloren haben würde. Daran mitzuarbeiten muß aber unsere Aufgabe in den kommenden Wochen und Monaten sein. Der Kampf im wirtschaftlichen Leben ist nun einmal heute eng verknüpft mit dem Kampf um christliche oder materialistische Weltanschauung. Jeder pflichtbewußte christliche Gewerkschaftler muß ein eifriger Kämpfer für seine christliche Weltanschauung sein. Er muß ein wirklicher Apostel sein für seine Ideale. Er muß die hohe Mission erkennen, die heutzutage gerade unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung auferlegt ist. Wenn sie allseits erkannt wird, dann muß auch bald die Zeit kommen, wo hinsichtlich der Scheidung der Geister auch in der Arbeiterbewegung mit Recht mit dem Dichter gesagt werden kann:

„Jetzt kommen erst die rechten Tage,  
Wo Korn sich sondern wird vom Spreu,  
Wo man den Lauen von dem Treuen gehörig  
[unterscheiden kann,  
Den Unerfrohen von dem Scheuen,  
Den halben von dem ganzen Mann.“

Das gilt auch für jeden denkenden Charakterfesten nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftler bei den „Freien“, auf die Gewinnung der Charakterlosen brauchen wir nicht den allergeringsten Wert zu legen. Zu einer Klärung und Entscheidung muß es, noch mehr als wie das bisheran bereits der Fall gewesen, in den Kreisen der nichtsozialistischen „freien“ Gewerkschaftler kommen. Entweder ist ein „freier“ Gewerkschaftler tatsächlich sozialistisch, und dann bleibt er seiner Gewerkschaft treu, die er auch in ihren Ideen nach jeder Richtung hin unterstützt — und das kann ihm dann niemand verdenken — oder aber er ist nichtsozialistisch und dann kann es nur eines für ihn geben:

### Heraus aus der freien Gewerkschaft!

Er kann diese doch unmöglich mit seinen Beiträgen unterstützen, um sich dann von ihr noch ohrfeigen zu lassen und sich mit seinen Beiträgen von linksradikalen Elementen zu ihren parteipolitischen Zwecken mißbrauchen zu lassen.

Die Aktion zur Gewinnung der Falschorganisierten, die infolge Hereinbrechens der Krise vor Monaten unterbrochen wurde, muß aus den vorhin genannten Gründen unter allen Umständen in diesem Herbst und Winter im ganzen Verbandsgebiete wieder aufgenommen werden. Im vergangenen Winter wurden innerhalb weniger Monate für den Beitritt zu unserem Verband über sechsundehntausend Falschorganisierte gewonnen. Dieser Erfolg hat uns gezeigt, daß bei angestrengtester Aufklärungsstätigkeit noch Tausende von Kolleginnen und Kollegen in unserer Industrie für den Beitritt zu unserem Verbandsverband zu gewinnen sind. Voraussetzung für den Erfolg ist allerdings, daß man mit dieser anstrengenden und aufreibenden Tätigkeit nicht bloß herzhast beginnt, sondern diese Tätigkeit auch ebenso herzhast bis zu Ende durchführt. Das ist nicht immer und überall geschehen. In diesen Herbst- und Wintermonaten wird sich — genau wie im vergangenen Winter — wiederum zeigen, daß wieder jene Gruppen und Sekretariatsbezirke die größten agitatorischen Erfolge erzielen, die die besagte Aktion nicht bloß gut vorbereiten, sondern dieselbe auch trotz aller Schwierigkeiten mit Geduld und Ausdauer konsequent durchführen.

Unser Hauptaugenmerk werden wir zu richten haben auf jene Falschorganisierten, die aus Unkenntnis oder Irrtum, aus Menschenscheu und Menschenfurcht oder infolge der roten Bedrückung Mitglieder sozialdemokratischer Verbände geworden sind. Und deren Zahl geht heute bekanntlich noch in die Hunderttausende. Gleich nach Ausbruch der Revolution hatten ja alle Gewerkschaften einen starken Mitgliederzuwachs. Die „freien“ Gewerkschaften konnten den großen Zustrom verhältnismäßig leichter aufnehmen wie wir, weil sie sozusagen an allen Plätzen schon während des Krieges feste Stätten gefunden hatten. Zum Teil durch die Verhältnisse gezwungen, zum Teil auch aus Bequemlichkeit und Rücksichtslosigkeit, haben manche noch christlich denkende und

fühlende Arbeiter und Arbeiterinnen sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen. Diese gilt es nun in allererster Linie wieder zurückzugewinnen. Da darf uns keine Arbeit, und sei sie noch so mühevoll und anscheinend wenig lohnend, scheuen. Hier gilt es für uns alle, intensivste Aufklärungsarbeit zu verrichten und so manchem unserer Berufskollegen und Kolleginnen wieder zu erfüllen mit einem

### unerschrockenen Vorkemmermut für das Christentum.

Dieser Aufgabe müssen wir jetzt im Herbst und Winter die allergrößte Aufmerksamkeit schenken. Wir alle haben das größte Interesse daran, daß christliche Arbeiter und Arbeiterinnen im freien Gewerkschaftslager endlich aus ihren Widersprüchen herauskommen. Hier winken uns noch große Erfolge, wenn wir nur mit Beharrlichkeit und mit dem erforderlichen Takte diese Aufgabe zu lösen versuchen. Einen großen Zuwachs an Mitgliedern kann es für unseren Verband durch Gewinnung von Falschorganisierten geben. Unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es in der Textilindustrie nur noch vereinzelt. Mithin hat die Mitgliedererwerbung in erster Linie heute auch einzusehen bei dem Zuwachs, den die Industrie an Arbeitskräften bekommt. Hier kommen in Frage die bei besserem Geschäftsgang neu eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen und die Jugendlichen, die nach der Schulentlassung in der Textilindustrie Arbeit nehmen. Wenn auch infolge der schwankenden Beschäftigungsverhältnisse in unserer Industrie die Zahl der letzteren nur eine beschränkte ist, so muß doch der Gewinnung der Jugendlichen für unseren Verband das größte Augenmerk gewidmet werden.

Die Gewinnung der Falschorganisierten wird aber ganz zweifellos in agitatorischer Hinsicht uns zahlenmäßig die größten Erfolge bringen. Allgemein beachtet zu werden verdient auch, was zu dieser Frage im Geschäftsbericht zur letzten Verbandsgeneralversammlung ausgeführt wurde. Darin hieß es:

„Die Mitgliedererwerbung darf auch nicht vor dem Mitgliedsbuch anderer Verbände, insbesondere des deutschen Textilarbeiterverbandes, halt machen. Selbstverständlich darf eine solche Agitation nicht mit unfairen Mitteln (mit Verprechung niedrigerer Beiträge, unsachlicher und persönlicher, gegenseitiger Bekämpfung usw.) betrieben werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden kann nie so verstanden werden, daß eine gegenseitige Agitation mit loyalen Mitteln — Werbung auf Grund der Ideen — nicht erlaubt sein soll. Die verschiedenen Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung müssen auf der Verschiedenheit der Weltanschauung. Der schnelle Zustrom von früher unorganisierten Massen in die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren hat es mit sich gebracht, daß in den auf sozialistischer Weltanschauung fußenden „freien“ Gewerkschaften tausende und abertausende von christlich gesinnten Arbeitern und Arbeiterinnen sich befinden. Hier und da macht sich allmählich eine größere Stärkung bemerkbar, die auch dadurch nicht verhindert wird, daß von gegnerischer Seite unser Verband, sowie die christlichen Gewerkschaften überhaupt, als Hort der Reaktion und die freien Gewerkschaften als wirklich neutrale und „freie“ Interessenvertretung hingestellt werden.“

Wir haben dafür zu sorgen, daß diese Stärkung sich sobald wie nur möglich vollzieht. Als

### vorzüglich bewährte Mittel zur Gewinnung der Falschorganisierten

siehe zum Schluß kurz folgende genannt: 1. Hausagitation, 2. Agitation in den konfessionellen Vereinen, 3. Betriebsagitation, 4. Veranstaltung besonderer christlich-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnentage, 5. Verbreitung unserer Literatur und 6. Systematische Aufklärungsarbeit durch die örtliche Tagespresse. Das sind alles erprobte Methoden, die allgemein bekannt sind und darum nicht in einzelnen ausführlich erläutert zu werden brauchen. Im übrigen kann niemals und nirgendwo die Agitation auf ein bestimmtes Schema zugeschnitten werden. In bezug auf Ausnutzung von Agitationsmöglichkeiten sind die agitatorisch tätigen Mitglieder, mehr wie sonstwo, auf persönliche Erfahrung, Umsicht und Geschick angewiesen. Es muß darum jeweils dem praktischen Sinn dieser Mitglieder überlassen bleiben, die richtigen Mittel jedesmal zu finden.

Eine wirklich rührige und lebendige Betriebsamkeit, eine gewissenhafte und von Verantwortung getragene Aktivität auf dem Gebiete der Neugeburtung von Mitgliedern muß sich nun recht bald im ganzen Verbandsgebiete bemerkbar machen. Alle agitatorischen Möglichkeiten müssen ergriffen und ausgenutzt werden. Wir können und dürfen nicht auf außerordentliche Gelegenheiten warten. Wir müssen uns darum allüberall dort, wo sie nicht vorhanden sind, günstige Situationen selber schaffen. Nur schwache Menschen warten auf eine günstige Gelegenheit, starke Menschen machen sie. Seien wir uns stets der hohen Mission bewußt, die unserer Bewegung und damit auch unserem Verbands in der Gegenwart beschieden ist. Seien wir uns stets bewußt, daß, wer Erfolg haben will, auch den Preis dafür bezahlen muß, daß er Herz und Seele hineingießt in die Arbeit, für die er sein ganzes Leben einsetzt.

### Schnitter Tod.

Die furchtbare Todesrausch des Weltkrieges schien noch nicht beendet, da stand der Schnitter Tod wieder vor Deutschlands Toren. Keiner sah ihn kommen, keiner ahnte, wie entsetzlich viel er fordern wollte. In Oppau, im Frankengau, hielt er eine grauenvolle Ernte. Am Abend des 21. Septembers meldete der Telegraph von dem großen Unglück, dem größten, das Deutschland in friedlichen Tagen getroffen. Eine einzige Minute hatte genügt, Hunderte von schaffenden Kräften zu vernichten, Hunderten schwere Leiden, vielleicht für die ganze Dauer des Erbendaseins zu bringen. Furchtbares ist dort geschehen! Und das Stabopfer nicht allein! Blühende Dörfer, friedvolle Heimstätten, vernichtet in Millionenwerten. Dumpfe Klagen, gräßliche Einzelheiten tonnen zu unseren Ohren! Ein harter Schlag für unser gepriesenes Volk, ein härterer für unsere Mitbrüder und Mitbewohner der Arbeit. Der Reichstag beschäftigt sich z. Bt., wo wir dies schreiben damit, wie geholfen werden kann. Namhafte Gaben sind schon gesendet — ob es reichen wird, alle Not zu lindern? Wir wollen nicht fehlen! Auch wir wollen in opferbereiter, christlicher Solidarität unser Scherlein beitragen. In diesem Sinne erläßt auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in Verbindung mit anderen Organisationen einen Aufruf, den wir nachstehend veröffentlichen. Die materielle Not muß von allen Volksgenossen gelindert werden, an der seelischen und körperlichen Not tragen die Unglücklichen noch schwer genug. Und darin können wir ihnen nicht helfen. Mögen sie in unserer innigsten Teilnahme und in unserer finanziellen Opferbereitschaft erkennen, daß wir mit ihnen fühlen. Darum zögert nicht und reichlich auf die umgehenden Sammelstellen!

### Ein Appell an das deutsche Volk!

Die Unterzeichneten erlassen folgenden Aufruf:  
Für die Opfer von Oppau!

Eine Katastrophe, wie sie in Deutschland noch nicht erlebt wurde, hat in der bayerischen Rheinpfalz Hunderte von Menschenleben vernichtet, Tausende obdachlos gemacht und unermessliche Wirtschaftsschäden verursacht. Noch ist

zwar die Wirkung des Unglücks in allen seinen Folgen nicht abzusehen, aber eines ist schon jetzt ersichtlich:

### Niesenanstrengungen

sind notwendig, um ausreichende Hilfe zu bringen. Weit über tausend Tote und Schwerverwundete sind neben zahlreichen Leichtverletzten Opfer der Explosion geworden. Mann auch den Kindern und Frauen; die das Schicksal zu Waisen und Witwen machte, ihr Ernährer nicht wiederzugeben werden, vermag auch keine noch so weitreichende Hilfe den obdachlos Gewordenen ihr altes Heim wiederzugeben, so gilt es doch, in der Zusammenfassung aller hilfsbereiten Kräfte Deutschlands Mittel und Wege zu finden, um eine rasche und möglichst nachhaltige Hilfe zu gewähren.

Ungeheure Summen wird die Wiederherstellung des betroffenen Wertes und seiner Arbeitsfähigkeit im

### Interesse der deutschen Volkswirtschaft

erfordern. Diese Summe aufzubringen, betrachtet das Werk als seine selbstverständliche Aufgabe. Darüber hinaus aber werden große Beiträge zur Behebung des außerhalb des Wertes angerichteten Schadens erforderlich sein. Bereits sind aus öffentlichen und privaten Mitteln umfangreiche Summen zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur einstweiligen dringlichsten Hilfe getroffen worden. Soll aber eine volle, nachhaltige Hilfe gebracht werden, so gilt es,

### weitere große Mittel

aufzubringen. Die Unterzeichneten richten deshalb an das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land die Bitte:

Gebt rasch und gebt reichlich für die Opfer des Oppauer Unglücks!

Ueber die eingehenden Beträge verfügt der unterzeichnete Reichshilfsausschuß. Er überwacht sie nach Bedarf den öffentlichen Hilfseinrichtungen der betroffenen Länder, in denen alle Beteiligten, auch Vertreter der Geschädigten mitarbeiten.

Spenden nehmen entgegen: Reichsbank, sämtliche Banken und Postanstalten sowie die Postagenturen Ludwigshafen Nr. 15 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 und Berlin Nr. 117 000 (Reichshilfsausschuß für Oppau).

Ebert, Reichspräsident; Graf Lerchenfeld, bayerischer Ministerpräsident; Krupp, badischer Staatspräsident; Ulrich, sächsischer Staats- und Ministerpräsident; Birth, Reichstanzler; Loebe, Präsident des Deutschen Reichstages; Reichsarbeitsminister Dr. Brauns; der preussische Minister für Volkswirtschaft, Stegerwald; der bayerische Staatsminister für soziale Fürsorge, Oswald; der badische Arbeitsminister Dr. Engler; Präsident des heftigen Landesarbeits- und Wirtschaftsamtes, Raab! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Allgemeiner Freier Angestelltenverband; Caritasverband für das katholische Deutschland; Zentralausschuß für innere Mission der deutschen evangelischen Kirche; Zentralverband des Deutschen Bau- und Handwerkerbundes; Deutscher Gewerkschaftsbund; Deutscher Städtetag; Deutsches Rotes Kreuz; Gewerkschaftsbund der Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände; Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt; Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels; Interessengemeinschaft der chemischen Industrie; Reichsausschuß für Landwirtschaft; Reichsverband der Deutschen Industrie; Reichsverband der deutschen Presse; Reichsverband des deutschen Handwerks; Zentralverband des deutschen Großhandels; Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. — Geschäftsstelle des Reichshilfsausschusses für Oppau: Berlin NW. 40, Egerländerstraße 55, Zimmer 279, Fernsprecher Norden 2831.

Die nach der Bundesratsverordnung vom 25. Februar 1917 erforderliche Sammlungsgenehmigung ist in allen Ländern erteilt.

### Zur Heherzigung für alle Verbandsmitglieder.

Die Frage des Gewerkschaftsbeitrages ist in der Nachkriegszeit sehr häufig zu einem Schmerzenskind der Organisationen geworden. Während die Verbände der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Buchdrucker, es fertig brachten, ihren Wochenbeitrag — der Vorkriegszeit entsprechend — auf einen Stundenlohn festzusetzen, konnten die großen Verbände in der Metallindustrie dies bis jetzt nicht fertig bringen. Vor allem war es hier der sog. Metallarbeiterverband der durch das Gewicht seiner Masse die Beiträge niedrig hielt, denn seine Hauptburgen, die radikalen Nester, hatten wenig Interesse, für ihre gewerkschaftlichen Arbeiten auch nur annähernd gleichen Beitrag zu zahlen, wie ihn die alten Gewerkschaftler der Vorkriegszeit gezahlt hatten. Der sozialistische Metallarbeiterverband hat aber im Laufe von drei Jahren erfahren müssen, daß man die Kämpfe in der Arbeiterbewegung nicht mit Worten, sondern nur mit starken Tritten gewinnen kann. Rücksichtslos sind in den radikalen Hochburgen bei wilden Streiks die Verbandsgeber verpulvert worden — erinnert sei nur an den Berliner Metallarbeiterstreik, der 20 Millionen kostete. — In Anbetracht dieser Verhältnisse redet nun die „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 36, den Genossen ins Gewissen, daß es unbedingt an der Zeit sei, die Beiträge zu erhöhen, wenn der Verband nicht zusammenbrechen solle. Sie schreibt:

Die Finanzen des Verbandes sind in starker Weise im Anbruch gekommen. Doch noch stehen wir in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, erst am Anfang der Entwicklung. Die am wirtschaftlichen Horizont sich auftürmenden Gewitterwolken zeigen erst die kommenden Kämpfe an. Zur Zeit des Verbandstages wird man schon etwas genauer die Gefährtslage überblicken können. Diese Situation wird eine leichtere Annahme des Antrages des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge bewirken. Die Beiträge müssen bestimmt um mindestens 1 Mk. pro Woche erhöht werden, soll der Verband nicht in den Stürmen des Kampfes zusammenbrechen. Vielleicht ist einmal in Jena (auf der Generalversammlung, D. Neb.) Gelegenheit gegeben, den gewählten Delegierten vor Augen zu führen, wie relativ gering die finanzielle Leistung der Mitglieder für ihre Organisation ist. Wenn das Verhältnis der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden sollte, daß durchschnittlich ein Stundenlohn als Beitragseistung gilt, dann müßte der Beitrag mindestens auf 6,50 bis 7.— Mk. pro Woche und Mitglied gesetzt werden.

Diesem Mahnruf der „Metallarbeiterzeitung“ können auch unsere Mitglieder nur durchaus heherzigen und die einzig mögliche Schlussfolgerung daraus ziehen, zur Stärkung des Verbandes alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind.

### Christlich-nationaler Gewerkschaftskongress der Schweiz.

In St. Gallen tagte der Kongress der christlich-nationalen Gewerkschaften, 400 Personen, 200 Delegierte und viele Gäste der verschiedenen staatlichen und landständischen

### Frauenarbeit — ihre Wertung und Bedeutung für die Volksgesamtheit.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen beträgt in Deutschland zur Zeit neun Millionen. Fast ein Drittel der erwerbstätigen Arbeit liegt in Frauenhänden. Auf allen Gebieten und in jedem Beruf ist ein Anwachsen der Frauenarbeit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinaus zu verzeichnen. Diese Rechnung ging in den letzten Tagen durch viele Zeitungen. Erst 1907, wo die letzte genaue Zählung (genau — sofern es eben möglich war) 6 500 000 arbeitende Frauen feststellte, ist diese Mitteilung die erste genaue Feststellung nach dem Kriege. Und sie ist ein neuer Beweis für die immer stärker anwachsende Frauenarbeit in außerhäuslichen Diensten. Neun Millionen! Fast ein Drittel aller Erwerbstätigen! Wird vor dieser wuchtigen Tatsache das Geschrei nach Verdrängung der Frauen aus dem gesamten Erwerbsleben nicht erklingen? Wird man den Kampf um die Frauenarbeit, der hellere schon entbrannt ist, als einseitig aufgeben? Einmaliger Beweis einerseits für die Spürbarkeit eines solchen Unterjochens, und andererseits für die Notwendigkeit der Frauenarbeit kann es kaum mehr geben. Und doch werden viele, auch in unseren Kreisen, immer noch der Meinung sein, die Frau müsse aus dem gesamten Erwerbsleben ausgeschieden. Wollten wir diejenigen doch einmal fragen, ob sie einmal darüber nachgedacht haben, was die Frau dem beruflichen und dem öffentlichen Leben gibt, was der arbeitenden Frauen, wenn sie sich auf die „faule Haut“ legen wollten, ermahnen würde?

Wichtig ist die Frage der Wertung der Frauenarbeit ein Teil der Frauenfrage, die wir aber in ihrer ganzen Ausdehnung heute nicht anzufassen wollen. Unser Thema gebietet uns aber, einige Zeit zurück zu gehen, und einen Teil daraus, der unbedingt damit verknüpft ist, anzufassen.

Vor dem Kriege. Wenn wir die Zählungsjahre aus dem Jahre 1907 erneut feststellen, wir uns aber die jetzt immer stärker werdende Industrialisierung Deutschlands vor Augen stellen, so werden wir ganz selbstverständlich folgern können, daß sich auch die Zahl der arbeitenden Frauen bis zum Jahre 1914 noch beträchtlich vermehrte. Warum gingen unsere Frauen in das Erwerbsleben? Was ließen sie, oder gar aus Langeweile? Wohl keine von ihnen! Die sogenannten Hausfrauen, die wir bis zur Zeit noch in vielen Familien finden konnten, verschwand, wenigstens in den Gegenden, auf denen die Industrie ihren Fuß legte. Statt dessen wandte ein Geschlecht heran, das sich mit der Frage eines zukünftigen Erwerbsberufes in den letzten Jahrzehnten vertraut machte, statt die Jahre zu einer Vorbereitung auf den eigent-

lichen Lebensberuf machen zu können. Der Uebergang vieler Hausfrauen zur Fabrik oder zum Großbetrieb brachte die Kräfte in die immer mehr zum Ausbeutungsobjekt werdende Fabrikarbeit. Was war die Ursache zu der Fabrikarbeit unserer Frauen geworden? Die unzureichenden Löhne unserer Familienhäupter einerseits. Die anderen Arbeitenden fielen in die Kategorie der „Bedig-leihenden-Mittelschicht“. Der Uebergang der Frauengeburt brachte es fertig, daß um 1914 jedes 200te Mädchen mit seiner Nichtberufstätigkeit rechnen mußte. Und leben zu können, und da diese zum Ernährer von Eltern und Geschwister wurden, nun gleich mitzubedenken, waren sie gezwungen, der Industrie ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Bot sich die Industrie und konnte zu gleicher Zeit die Frauenkraft durch einen geringen Lohn, lange Arbeitszeit u. a. m. Und die Frau richtete sich ein mit dem, was sie bekam. Sicher ist, daß nicht nur das starke Angebot, nicht nur die teilweise ungenügende Vorbereitung ungenügend auf die Entlohnung eingewirkt haben, sondern daß auch die herkömmliche Beharrlichkeit der Frau zu ihrer Unterbezahlung beigetragen hat. Eine lange Zeit ist anzusehen worden, daß die Uniproduktivität der Frau ein Ärgernis ist, die aus der Not geboren wurde.“ (Klein: „Die Wertung der Frauenarbeit.“)

Während des Krieges. Unsere Jünglinge und Männer zogen, dem Rufe des Vaterlandes folgend, hinaus, die schwerste Sorge der Daheimgebliebenen: „Was werden wir essen, womit werden wir uns bekleiden?“ in der Heimat lassend. Der Soldat trug dranges, „des Königs Rind“, wurde vom Vaterlande larg entlohnt, womit er sich recht und sorglos durchschlagen mußte. Dabei gut es, die hungrigen Mütter zu stillen, die Kinder zu heilen von der geringen Kriegsernährung, die zu wenig zum Leben, und zu viel zum Sterben war.

Und von diesem Wessigen ging noch mancher Heimatgenosse hinaus ins Feld. Dazu waren die Kammerräte der Industrie eintritten, die doppelt als in Friedenszeiten leisten mußte. Wer füllte die Lücken? Die Frau als Ledige, als Beheratete. Das war die mittelbare Kriegsarbeit. Für die unmittelbare Kriegsarbeit, die Pflege der Kranken und Bewundeten arbeiteten sie beim Roten Kreuz allein am ersten Tage nach Kriegsausbruch 30 000 Frauen, in der ersten Woche 60 000. Darunter Dienstmädchen, die ihre Stellen angaben, Wäscherinnen, Verkäuferinnen. Ich habe überall die Frauen bei der Lagerarbeiten gesehen. In der Front, wo sie unter dem Donner der Kanonen arbeiteten und täglich ihr Leben in Gefahr wussten. Eine andere Gruppe von Frauen sah ihre Pflicht darin, für die Bekleidung der Feldgranen zu sorgen. Der Kriegsausschuß für warme Unterbekleidung hat allein im Laufe zweier Jahre 27 Millionen Wäsche im Gesamtvertrieb von über 50 Millionen Mark an unsere Frauen verhandelt. Scharen von Frauen wendeten sich den Sorgen für ihre Kriegsgen-

Die Mannheimer Nähstube zahlte in 11 Monaten unseren Heimarbeiterrinnen 200 000 Mk. an Löhnen aus. Koblenz rechnete mit einem Umsatz von einer Million. Ludwigshafen beschäftigte 25 000 Heimarbeiterrinnen. Daneben ging eine weitverbreitete Flächlingsfürsorge. In Elbing hat der nationale Frauendienst 48 000 Flüchtlinge versorgt und täglich 1100 bis 1600 Mittagessen beschafft. Es hieß die Geschäfte fälschen, wollte man beschweigen; wieviel Frauenarbeit geleistet wurde, wie groß das Bestreben ungezählter war, zu helfen und sich aufzuopfern. Das Hilfsdienstgesetz machte noch weitere Frauenkräfte mobil. 27 Frauenreferate wurden bei den Kriegsamtsstellen gegründet. Auch die Versorgung der Betriebe mit Gesundheitsarbeiterinnen. In der bayerischen Kriegsindustrie allein waren insgesamt 90 865 Frauen beschäftigt. Darunter 59 262 Ledige. In der Metallindustrie stieg die Zahl der Arbeiterinnen von 1914—1916 um 319,3 v. H. In Oberschlesien wurden 1916 im Bergbau 12 591 Frauen eingestellt, in Saarbrücken 9 644, im Braunkohlenwerk Halle 4 868, insgesamt 34 537 Frauen in 16 Betrieben. In den Eisenhütten und Bergwerken Rheinlands-Beselsiens etwa 90 000, in der Maschinen- und Metallindustrie über 45 000, in der chemischen, Zigaretten- und Bekleidungsindustrie gegen 20 000; 1918 wurden 162 757 Frauen in einer Anzahl von Betrieben neu eingestellt.

Die Krankentassen, die ja nur einen kleinen Teil aller Berufstätigen umfassen, hatten während des Krieges eine Zunahme von 700 000 weiblichen Mitgliedern. — Diese Zahlen umfassen nur einen winzigen Bruchteil der geleisteten Arbeit.

So schildert in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Berlin) Elfe Frobenius. Sie wurde zu einem längeren Artikel, der die Ueberlieferung trug „Frauenarbeit und Männerarbeit“ herausgefordert, da in der „Neuen Frauen-Zeit“ ein heftiger Kampf entbrannt war gegen die Schilderungen, die Oberst Bauer in seinem Buche „Der große Krieg in Feld und Heimat“ von der Frauenarbeit im unterverantwortlichen Weise herabsetzte.

Wenn die bittere Notwendigkeit die Frau aus ihrem ursprünglichen Wirkungskreis herausriß, damit verbunden die Verdrängung aus manchen Handen der Ordnung und Sitte brachte und viele trübe Erscheinungen auslöste — wir sind uns bei tiefen und bedauerlichen Schäden bewußt, die die Frau damit selbst trafen und viele ihrer Nachkommen noch treffen werden — so dürfen wir doch nicht, wie all die Geschwätz der letzten Jahre, so schnell vergessen, was der Dank des Vaterlandes, den unsere Krieger für sich (und ganz berechtigt) in Anspruch nehmen, nicht auch für all diejenigen, denen der Krieg die Not ihrer Volksgenossen war, nicht auch angebracht? Und ist nicht alles zu gleichen Teilen an der Wiedergutmachung aller Kriegsfolgen beteiligt? Wessen nicht andere Dinge sind

Behörden, ferner u. a. Vertreter der deutschen und holländischen christlichen Gewerkschaften waren anwesend. Das Hauptreferat hielt Kantonsrat Gustav G. Helfenberger über die christlich-nationalen Gewerkschaften und ihre Stellung zu Staat und Gesellschaft. Der Kongress nahm folgende Leitsätze an:

Die Stellung der christlich-nationalen Gewerkschaften:

a) zur Gesellschaft: Die Solidarität aller Stände ist christliche Auffassung. Die christlich-nationalen Gewerkschaften lehnen daher die Gesellschaftslehre des marxistischen Sozialismus und Kommunismus ab, welche beide den materialistischen Kapitalismus der Masse predigen und die Herrschaft einer Klasse über das Volksganze sehen. Mit ebenso großer Entschiedenheit wendet sie sich gegen den materialistischen Kapitalismus, der zur Entrechtung der Persönlichkeit und zur Verarmung breiter Volksmassen führt. Es ist Aufgabe der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, die Arbeitnehmerenschaft für die Arbeit am Gesamtwohl fähig zu machen und ihr Pflichtgefühl zu stärken. Der Neuaufbau der Wirtschaft und Gesellschaft muß sich durch soziale Körperlichkeiten im Kleinen und Kleinsten und durch deren Eingliederung in das nationale Gesamtleben vollziehen.

b) zum Staat: Wir fordern den christlichen Staat, die christliche Demokratie, der eine starke Schicksals- und Lebensgemeinschaft aller sein soll. Die soziale Gesetzgebung ist weiter auszubauen. Der Staat hat die persönlichen Rechte und Freiheiten, sowie die Eigentumsordnung zu schützen und ein Hort der wirtschaftlich Schwachen zu sein. Die Koalitionsfreiheit soll nicht nur negativ, sondern auch positiv geschützt werden. Wir fordern vom Staate den Schutz der Familie und der Elternrechte als der Urzelle des Staates und der kleinsten sozialen Wirtschaftseinheit. Den religiös-sittlichen Kräften ist die volle und uneingeschränkte Freiheit im Volks- und Staatsleben zu sichern. Das kapitalistisch-individuelle Wirtschaftssystem muß in der ganzen Schweiz überwunden werden. Der Aufbau unserer Wirtschaft muß planmäßig und auf gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen.

### Zur Verordnung über die Lohnpfändung.

Nach der Verordnung über die Lohnpfändung vom 10. August 1920 sind von dem Jahresverdienst eines alleinstehenden Schuldners unpfändbar: 4000 M. sowie ein Fünftel des Mehrverdienstes bis zum Höchstbetrage von 6000 M. Bei unterhaltsverpflichteten Schuldnern bleiben frei: 5000 M. sowie ein Fünftel des Mehrverdienstes; außerdem für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen ein Zehntel des Mehrbetrages, jedoch höchstens im ganzen sechs Zehntel. Soweit hiernach der unpfändbare Teil des Lohnes 9000 M. übersteigt, ist die Pfändung unbeschränkt zulässig. Angesichts der erheblich fortgeschrittenen Teuerung aller Lebensbedürfnisse erscheint eine Anpassung dieser Bestimmung an die gegenwärtige Zeitlage als dringend erforderlich. Da eine tiefgreifende Umgestaltung des Lohnpfändungsrechtes nur im Rahmen der Neuordnung des gesamten Zwangsvollstreckungsrechtes angängig ist und daher der allgemeinen Prozessreform vorbehalten bleiben muß, andererseits aber beschleunigte Maßnahmen notwendig sind, dürfte durch eine schematische Heraushebung

der Pfändungsgrenzen am ehesten geholfen werden können. Die Handelskammer zu Köln hat sich für die Heraushebung der pfandfreien Einkommen von 4000 auf 10 000 bezw. von 6000 auf 12 000 M. ausgesprochen und die Freilassung von ein Viertel anstatt wie bisher ein Fünftel des Mehrverdienstes bezw. ein Zehntel anstatt wie bisher ein Zehntel für jeden unterhaltsberechtigten bis zum Höchstbetrage von drei Viertel des Mehrverdienstes, befürwortet. Die Höchstgrenzen von 6000 bezw. 9000 M. für das gesamte pfandfreie Einkommen müßten dann im Verhältnis zu der Heraushebung der Mindestgrenzen wesentlich erhöht werden, sofern sie nicht gänzlich fallen gelassen werden, was im Hinblick auf die ständig fortschreitende Teuerung und insbesondere mit Rücksicht auf finterreiche Schuldner zur Vermeidung von Härten zu erwägen wäre.

### Allgemeine Rundschau.

#### Ein „freies“ Gewerkschaftskartell gründet einen Freidentenverein.

Wie der „Typograph“ vom 19. September 1921 mitteilt, hat das mehrheitssozialistische Organ, die „Lausiger Zwölftzig“, aus Sommerfeld folgendes berichtet:

„Schon lange hatte sich das Gewerkschaftskartell mit der evil. Gründung eines Freidentenvereins beschäftigt. Für Freitag, den 2. September, hatte nun dasselbe eine öffentliche Versammlung ins Schützenhaus einberufen, in welcher der Genosse Niederlich aus Liegnitz als Referent erschienen war und über das Thema „Wer gehört in die Kirche und wer nicht?“ sprach. Der Referent griff in die frühesten Zeiten der Religionstämpfe zurück, schilderte das ausschweifende Lasterleben der damaligen Päpste, welche zu der Zeit als die heiligsten Männer galten, ging dann in die Jetztzeit über und legte klar, daß die Handlungsweise und Lehren der jetzigen Pastoren nicht mit dem übereinstimmen, was die Bibel vorschreibt.“

Als Ergebnis dieser vom „freien“ Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung verkündet das mehrheitssozialistische Blatt die Gründung eines Freidentenvereins mit 54 Mitgliedern. — Es muß um die Geistesverfassung der Sommerfelder „freien“ Gewerkschaftler recht trübe stehen, wenn sie gegenwärtig nichts anderes anzufangen wissen, als Freidentenvereine zu gründen. So also sieht die Neutralität auf jener Seite aus, die angibt, nur für die wirtschaftlichen Interessen des Volkes einzutreten. Man sollte meinen, daß nur bald dem letzten Nachläufer dieser Bewegung die Augen aufgehen, insbesondere jenen, die da glauben, Religion sei bei den freigewerkschaftlichen Verbänden Privat Sache und man könnte ihnen auch als guter Christ angehören. Nein, hier gibt es kein Pattieren, hier kann nur eine reinliche Scheidung in Frage kommen.

#### „Freie“ Gewerkschaften und Kirchenaustrittsbewegung.

Wie der „Deutsche“ vom 17. September 1921 berichtet, hat das „freigewerkschaftliche“ Ortskartell in Weißfen in Sachen dieser Tage allen Betriebsräten des Ortes den nachstehenden Fragezettel in Massen zur Verbreitung an alle Arbeitnehmer zugestellt. Der Zettel lautet:

Gewerkschaftskartell Weißfen.

Name:

Beruf:

Wohnung:

Welcher Gewerkschaft gehören Sie an?

Welcher politischen Partei?

Welche Zeitung lesen Sie?

Sind Sie Mitglied des Konsumvereins?

Sind Sie aus der Kirche ausgetreten?

Der Fragebogen ist mit Namen und Wohnung versehen auch dann abzugeben, wenn die Auskunft verweigert wird.

Die vom Weißfener sozialistischen Ortskartell mit diesem Fragezettel verfolgte Absicht liegt ganz klar zutage. Die „freien“ Gewerkschaftler sollen für die sozialistische Tagespresse und für die sozialistische Partei geleitet werden. Daß die Frage nach dem Austritt aus der Kirche nichts anderes zum Zwecke hat, als den Kirchenaustritt zu fördern, unterliegt für Kenner der Verhältnisse keinem Zweifel. Wir sind aber ebenso überzeugt davon, daß diese Verbände nach wie vor ihre politische und religiöse Neutralität beteuern werden und daß sich leider zahlreiche christliche Arbeiter finden werden, denen trotz aller dieser Vorgänge die Schuppen noch nicht von den Augen fallen.

#### Preiswucher!

Die Entleerung der Herbstkartoffeln steht vor der Tür und schon kann man die sattem bekannte Manieren der Preistreiber in den Erzeugergebieten beobachten. Während vor 14 Tagen von Preisen in den Erzeugergebieten von 48—52 Mark pro Zentner gesprochen wurde, lesen wir jetzt, so schreibt das „Echo vom Niederrhein“ (Nr. 280). In einem uns vorgelegten Briefe einer landwirtschaftlichen Genossenschaft:

„Bekauern, weder zu Ihrem Preise noch zu Ihren Bedingungen Kartoffeln nach dortiger Gegend verkaufen zu können. Von anderer Seite wird uns, aus dem Westen speziell, für Industriepreis Kartoffeln ein Preis von 50—60 M. pro Zentner ab pommerischen Stationen geboten.“

Es scheinen also wieder Kräfte am Werk zu sein, um den Kartoffelpreis zum Schaden der Verbraucher in die Höhe zu treiben. Der freie Handel hat alle Ursache, dahin zu wirken, daß eine derartige Preistreiber im eigenen Interesse unterbunden wird. Die Verbraucher selbst sollen sich jedoch auch weise Mäßigung auferlegen, denn durch stürmisches Drängen werden den Kreisen, die den Hals nicht voll genug bekommen können, geradezu die Schächten ins Trockene getrieben. Für unsere Kollegen heißt es doppelt: Augen auf!

#### Die Niederlage der Kommunisten auf dem sozialdemokratischen Metallarbeiterkongress.

Die hier abgehaltene Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich am siebten Verhandlungstage mit dem Ausschluß der kommunistischen Mitglieder wegen ihrer Teilnahme an der von der gewerkschaftlichen Reichszentrale der kommunistischen Partei einberufenen Reichskonferenz. Die Delegiertenkommission hat mit 16 gegen 2 Stimmen den Ausschluß gutgeheißen; auch der Verbandsausschuß hat sich der Auffassung des Verbandsvorstandes angeschlossen.

die deutschen Volksgenossen auseinander? Soll der Kampf noch bis in die Geschlechter getragen werden?

Nach dem Kriege. Das blutige Völkermorden ging in überraschender Schnelligkeit zu Ende. Die Umstellung, die schnell vor sich gehen mußte, traf vor allen Dingen die Industrie besonders schwer. Die Entlassungen wurden zur Katastrophe. Sie trafen natürlich die Frauen an erster Stelle, da die Krieger wieder eingestellt werden mußten. Viele unserer Frauen gingen wieder in ihre stille Häuslichkeit zurück. — Die Wägen wurden ausgeschrieben; die Frauen, zum ersten Male Kinnberührt, wurden vor den Parteien bearbeitet. Die hohe Anzahl der abgegebenen Stimmen der Frauen überraschten und übertrafen die der Männer an manchen Stellen, oft um 20 Prozent. Ja, man sprach davon, daß die Frauenstimmen die Parteien gerettet habe. Wir wollen nicht prunken, nur feststellen: die Frauen hatten ihre Pflicht getan. Wieviel Frauen wurden selbstgewählt? Im Reichstage stehen 36 Frauen 430, im Landtage 40 Frauen 378 männlichen Abgeordneten gegenüber; eine, im Verhältnis zu ihrem numerischen Übergewicht der Frauen, nur geringe Zahl. Es ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß unsere Frauen viel zu wenig auf die neuen Rechte vorbereitet waren und von dem jähen Umsturz der Verhältnisse, wenn nicht ablenken, so doch zögern und unentschlüsselt stehen blieben. Daran wird wohl auch die Zahl der Gewählten zu messen sein. Zusammen war es ein beachtenswerter Erfolg.

In der Berufsorganisation. Durch die gänzliche Umstellung des gesamten Wirtschaftslebens nach der Revolution und die Normanstellung, die nunmehr auf die Arbeiterklasse übergegangen war, wurde die Berufsorganisation anders gewertet, als vor dem Kriege und eine fast verfallene Organisation aller Berufstätigen war möglich. Auch die Frauen wurden davon erfasst, weil ihre Arbeitskraft wörtlich als gleichwertig anerkannt wurde. Die „freien“ Gewerkschaften, die durch ihre politische Verquickung mit der Partei von jeher den Frauen in dermaßen eine Sonderstellung eingeräumt hatten, um politischen Nutzen daraus zu haben, hatten naturgemäß, auch infolge ihrer intensiven Tätigkeit sofort in und nach der Revolution, den meisten Nutzen davon. Am Schlusse des dritten Quartals 1920 zählten sie insgesamt 1 685 911 Frauen in den „freien“ Gewerkschaften. Aber auch unsere christlichen Gewerkschaften waren nicht müßig gewesen. Sie zählten zum Schlusse des Jahres 1920 insgesamt 214 556 weibliche Mitglieder. Davon hat unser Textilarbeiterverband allein 69 669.

Die eingangs erwähnte Notiz stellt aber alle diese Zahlen noch in den Schatten. Was soll aus dieser Arme der arbeitenden Frauen werden? Schon in Nr. 2 der „Christlichen Arbeiterin“ (vom Nov. 1919) schrieb Christine Feuch: „Diese müßten (die arbeitenden Frauen)“

berufliche Sicherheit und menschenwürdiges Unterkommen im deutschen Wirtschaftsleben finden, wenn sie nicht der Frauenwelt zur Schande, der Männerwelt zum Verhängnis, und dem gesamten Volke zur Gefahr werden sollen.“ Und unsere Volkswirtschaft ist in gewissem Maße auf die Mitwirkung der Frau angewiesen. Aber, die geringe Körperkraft der Frau sowie ihre Geschlechtsaufgabe wird immer eine Beschränkung in der Ausübung der Berufe nötig machen. Nicht nur die Arbeit unter Tage und am Hochofen, sondern auch das Hartieren mit schweren Stücken, wie es in vielen Zweigen der Metallindustrie nötig ist, die Arbeit auf Baustellen und noch andere Beschäftigungen ist und bleibt für die Frau ungeeignet. Ein Verbot ist am Platze, selbst wenn es einzelne Frauen geben mag, die solcher Arbeit gewachsen sind. Die Sitte ist kein leiser Begriff. Sie ist wandelbar. Heute ist manche Tätigkeit nicht der Sitte entgegen, die vor 10 Jahren noch in Widerspruch mit ihr stand. Anders ist es mit der Schlichtheit. Eine Reihe von Arbeiten muß den Frauen verschlossen bleiben. In jeder Frau ist die künftige Mutter zu sehen. Deshalb sollten die Frauen mehr als es jetzt schon geschieht, von Arbeiten ferngehalten werden, bei denen eine Einwirkung durch giftige Stoffe erfolgt, die besonders schädlich auf die Fortpflanzungsfähigkeit wirken. . . Die Frau steht zweifellos viele Dinge anders als der Mann. Das ist aber kein Grund, sie von einzelnen Berufen fernzuhalten. Ist der Blick des Mannes im allgemeinen mehr ins Weite gerichtet, während die Frau mehr auf Einzelne eingestellt ist, und das möchte erhebt, so können sie sich gut ergänzen. . . Die Eigenschaften sind auch keineswegs so nach dem Geschlecht verteilt, daß dem Manne nur das eine und der Frau nur das andere eignet.“ (Klara Weimel in „Die Werbung der Frauarbeit“, Verlag des B. W. A. Berlin.) Eine Notiz der letzten Tage will noch einen Beweis geben, daß gerade in beruflicher Hinsicht „nicht die Männer, sondern die Frauen das stärkere Geschlecht sind.“ Und zwar führt sie diese Angabe auf die Aussage eines Oberinspektors des englischen Fabrikwesens. „In keinem neueren Bericht gibt er eine Reihe interessanter Zahlen, die die Arbeiterfrau in einem sehr günstigen Licht erscheinen lassen. Zunächst geht aus dieser Statistik hervor, daß die Frauen bei ihrer Tätigkeit vorzüglicher zu Werke gehen als die Männer. Das Verhältnis der Unglücksfälle, die vorkommen, ist sehr viel geringer bei den Frauen als bei den Männern. So erliden in allen britischen Industrien 3,1 Prozent der männlichen Arbeiter Unglücksfälle, während die Zahl bei den Frauen nur 0,7 Prozent beträgt. Nun kann man dagegen einwenden, daß die Männerarbeit häufig größere Gefahren in sich schließt als die der Frauen und daß sie in gefährlicheren Industrien beschäftigt werden. Aber auch dieser Einwand ist nicht ganz stichhaltig

Es gibt Industrien, in denen die Gefahren mehr oder weniger zwischen den Geschlechtern gleich verteilt sind. Man nehme z. B. die Textilindustrie. Hier werden mehr Frauen beschäftigt als Männer, und die Gefahren sind für beide Teile durchaus dieselben. Aber bei den Männern beträgt die Durchschnittsziffer der Unglücksfälle 1,5 Prozent, bei den Frauen 0,2. Die Frauen unterliegen also auch hier etwa sechsmal weniger Unglücksfällen als die Männer.

Doch die neue Statistik spricht nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Ausdauer und Stärke der Frauen. Von allen Unglücksfällen, die Männern zuzurechnen wären in der Berufszeit 1,1 Prozent tödlich; von den Unglücksfällen der Frauen aber hatten nur 0,3 Prozent einen tödlichen Ausgang. In dem Beispiel der Textilindustrie, wo die Gefahren ziemlich gleich verteilt sind, waren 1,3 Prozent der Unglücksfälle bei Männern tödlich, bei den Frauen nur 0,2 Prozent. Man kann daraus schließen, daß die Frauen den Unfällen eine größere Widerstandskraft entgegensetzen als die Männer, und es hat also den Anschein, als ob die Frauen mehr aushalten als die sogenannten Herren der Schöpfung. Danach wird man also die Männer nicht mehr „das stärkere Geschlecht“ nennen dürfen.“ („Vorwärts“ vom 13. Sept. 1921, Nr. 431, Ausgabe A, Nr. 218.)

Wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Welt der Frau nicht mehr durch die vier Wände des Hauses abgegrenzt ist. „Nicht aus dem Hause verbannt soll die Frau sein, sie soll nur dem erweiterten, in Leben, Arbeit, Schule, Gemeinwesen und Staatsverwaltung hinaus verlegten Heim dorthin folgen.“ So heißt es in der amerikanischen Lebensphilosophie D. S. Warden mit den Einwürfen: „Die Frau gehört ins Haus“ in seinem neuesten Buche „Die Frauen“ auseinander.

Es wird nur mehr noch die Frage sein, wie wir unsere Frauen in die neue Volksgemeinschaft eingliedern. Es wird eine Arbeitsgemeinschaft werden müssen. „Sie wollen keine „Hilfs-Gewerkschaft“. Sondern sie wollen die christliche Frauenschaft dem Staate, dem Volke widmen. Mann und Frau gehören unlösbar zusammen. Der Wiederaufbau Deutschlands kann den Männern nur gelingen, wenn die Frauen ihn von ganzer Seele mit wollen.“

Dafür gilt es jetzt ihre Kräfte nutzbar zu machen. Das Verhältnis für die Frauarbeit und die gute die Einigung in allen Teilen unseres Wirtschaftslebens kann nur erfolgen, wenn unsere männlichen Kollegen dafür eintreten. Daß dies eine der vornehmsten Aufgaben unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung sein muß, ist eine Lebensfrage für sie wie für die gesamte christlich-nationale Gemeinschaft unseres Volkes und ihre Ziele. G. F.

und tritt für Bestätigung des Ausschusses ein. Zur Einberufung von Reichskonferenzen der Metallarbeiter sei nur der Verbandsvorstand berechtigt; die betreffenden Mitglieder hätten sich beharrlich geweigert, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Rückverweisung der Sache an die Kommission, damit zu den Einzelfällen Stellung genommen würde, wurde mit 431 gegen 286 Stimmen abgelehnt und in namentlicher Abstimmung mit 525 gegen 209 Stimmen der Ausschluß bestätigt.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

#### Kann der Arbeiterrat auch die Befugnisse eines Betriebsrats ausüben?

Auf Grund der §§ 93 und 103 hat der Gewerberat für den unteren Kreis Solingen in Dplaben, Herr Dr. Hantelmann, auf Antrag des Betriebsrates, eine Entscheidung getroffen, die sicherlich im Sinne des BRRG. gefallen ist. Schon die Tatsache, daß der Gewerberat eine solche Entscheidung fällen mußte, zeigt, wie die juristischen Firmenvertreter aus dem BRRG. das zu machen suchen, was sicherlich nicht den Arbeitnehmern zum Nutzen ist.

Bei der Firma Th. Wippermann in Schlebusch-Ransfort hatten die Angestellten bei der Wahl zum Betriebsrat keine Vorschlagsliste eingereicht und waren auch nicht zu bewegen gewesen, noch nachträglich sich an der Wahl zu beteiligen. Die Firma weigerte sich nun, den gewählten Arbeiterrat als Betriebsrat anzuerkennen, sondern diesem nur die Befugnisse eines Arbeiterrats zuzugestehen. Dadurch, daß das Werk nach Ansicht des Juristen keinen Betriebsrat hatte, brauchte es nicht die dem Betriebsrat gegenüber zu gewährenden Einsichten in Bücher, Bilanzen zu gestatten und auch noch wesentlich ist, nicht in den Aufsichtsrat einen Arbeitervertreter zu nehmen. Da i hatte die Werkleitung nach der Neuwahl, weil es in ihrem besonderen Interesse gelegen war, den neuen Arbeiterrat ohne daß dieser sich konstituiert hatte, zu Sitzungen eingeladen, den bisherigen Betriebsrat einfach beiseite geschoben. Zu der ersten Frage lautete die Entscheidung wie folgt:

Aus der neuen Betriebsratswahl, an der sich die Angestellten der Firma absichtlich nicht beteiligt haben, ist jetzt ein Betriebsrat hervorgegangen.

#### Begründung:

Das BRRG. enthält nirgends einen Zwang für irgend einen Arbeitnehmer oder irgend eine Arbeitnehmergruppe, Wahlvorschlagslisten einzureichen, oder, wenn solche eingereicht sind, sich an der Wahl zu beteiligen. Die nur von der Arbeitergruppe gewählten Arbeitervertreter bilden den Betriebsrat, welcher die vollen Befugnisse hat, die das BRRG. einem Betriebsrat beilegt. Dem gemäß § 6 des BRRG. gehen aus der Wahl zunächst Betriebsräte hervor, aus denen dann erst die Gruppenvertretungen zu errichten sind, als Richter gewählte Arbeitervertretung bildet den Betriebsrat, der in Gemeinschaft mit dem gemäß § 15 Abs. 2 des BRRG. hinzugewählten Ergänzungsmitgliedern, dann den Arbeiterrat bildet, welcher nur die dem Arbeiterrat zustehenden Rechte hat (§ 78, BRRG.). Dieser Arbeiterrat nimmt natürlich nur die besonderen Interessen der Arbeiter wahr (§ 6). Die Anstellerschaft, die von dem Recht, eine Betriebsvertretung zu wählen, keinen Gebrauch machte, bleibt ohne Vertretung, wird aber im übrigen, d. h. in der Wahrnehmung der Angelegenheiten und Arbeitern gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen durch den aus Arbeitern bestehenden Betriebsrat vertreten. Diese Auffassung vertritt auch der Reichsarbeitsminister in seinem im Reichsarbeitsblatt Nr. 7, Seite 249 unter Nr. 184 abgedruckten Bescheide vom 29. 4. 1920.

Entscheidung zu 2. Gemäß § 43 des BRRG. bleiben, falls eine Neuwahl des gesamten Betriebsrats notwendig ist, die Mitglieder des alten Betriebsrats solange im Amte, bis der neue gebildet ist. Der neue Betriebsrat ist erst dann gebildet, wenn er sich konstituiert hat.

#### Begründung:

Der § 43 des BRRG. gilt nicht allein für eine auf Grund der §§ 41 und 42 erforderliche Neuwahl des Betriebsrates, wie die Firma irrtümlich aus der Stellung des § 43 unmittelbar hinter den §§ 41 und 42 ableiten zu dürfen glaubt, sondern auch für die Neuwahl nach Ablauf der Wahlperiode (§ 18, Abs. 1 BRRG.). Der Betriebsrat ist erst dann gebildet, wenn er sich konstituiert hat, eine Ansicht, die auch den bei anderen Wahlen zu öffentlichen Körperchaften entspricht und auf der Erwägung beruht, daß es nicht darauf ankommt, wann die Gewählten in der Lage waren, ihre Aufgaben zu übernehmen, sondern darauf, wann sie sie tatsächlich übernommen haben. (Svgl. hiermit die d. scheidenden Kommentare zum BRRG.).

#### Verbindlichkeitsklärung.

Das Amtsgericht in Königswinter hat am 16. Juni 1921 unter 3 O. 268/20 ein bemerkenswertes Urteil gefällt, aus dessen Begründung wir folgendes hervorheben:

Das Gericht geht auf dem Standpunkte, daß diese Beschlüsse, welche von dem Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt sind, auch dann für das Gericht maßgebend sind, wenn sich der Einigungsanspruch und der Demobilisierungskommissar bezüglich der zu Grunde liegenden Voraussetzungen geeinigt haben sollte. Das Gericht hält sich nur für besorgt, die Verbindlichkeit der genannten Stellen zum Erlaß der erwähnten Entscheidungen abzuwehren. Über selbst wenn die Stellen darin sich

geehrt hätten, daß der Betrieb des Beklagten kein Gärtnereibetrieb, sondern ein landwirtschaftlicher Betrieb wäre, kann das Gericht nach dieser Richtung keine abweichende Feststellung treffen. Der Schlichtungsausschuß, in welchem doch von beiden Seiten Sachverständige als Mitglieder beteiligt sind, ist geeignet und auch bestimmt, diese Vorfrage endgültig zu entscheiden. Es könnte sonst ja auch jeder Spruch vor das Forum des Gerichts gezogen werden, was doch jedenfalls nicht die Absicht des Gesetzgebers war. Es würde nun allerdings unerträglich sein, wenn ein offenkundiger Fehlspruch des Demobilisierungskommissars, den dieser vielleicht selbst anerkennt, aufrecht erhalten bleiben müßte. Ich stehe daher nach dieser Richtung auf dem Standpunkte der Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt a. M., ausgesprochen in dem Urteil vom 29. 10. 20 in Sachen 2 S 145/20 (Abdruck bei 3 O 268/20 im Covert fol. 30): Die Unabänderlichkeit der Entscheidung des Demobilisierungskommissars benimmt diesem nicht das Recht, die Entscheidung selbst zu berichtigen, wenn er erkennt, daß er sich in den tatsächlichen Unterlagen seiner Entscheidung vergriffen hat. Gerade weil der Demobilisierungskommissar als einzige Instanz zu befinden hat, wird man ihm das Recht zu solcher Selbstberichtigung zubilligen müssen. Ähnlich verhält es sich übrigens auch bei den Entscheidungen der Vrieteinigungsämter."

### Aus unserer Industrie.

#### Erhöhung der Löhne in der Baumwoll-Färberei.

Der Verband der Baumwoll-Färber (Sitz Krefeld) gibt seinen Mitgliedern unter dem 14. September bekannt, daß er heute nicht mehr in der Lage wäre, die Baumwollgarne zu den bisherigen Lohnsätzen auszurufen. Man hätte wohl im August vorigen Jahres einen Abbau der Löhne vorgenommen, in der Erwartung, daß die damals einsetzende Bewegung für einen Preisabbau auf allen Wirtschaftsgebieten eine Verbilligung herbeiführen würde, im besonderen der Herstellungskosten. Diese Erwartungen haben sich im ganzen nicht erfüllt, bezüglich einzelner Rohstoffe nur vorübergehend. Löhne und Gehälter seien wesentlich gestiegen, auch bedinge die Wiederinstandsetzung der Betriebe an die heutigen Erfordernisse einen über alles Erwarteten großen Aufwand. Es wurde damals auch ausdrücklich erklärt, daß der Lohnabbau nur für zwei Monate verbindlich sein sollte. Heute steht der Verband der Baumwollfärber der Notwendigkeit gegenüber, die Farbpreise in die Höhe zu setzen und verlangt mit Wirkung vom 26. September einen Teuerungszuschlag von 500 Prozent (bisher 500 Prozent). Maßgebend ist die Preisliste vom 1. August 1920. Alle Farbaufgaben nach dem 25. September müssen mit dem neuen Aufschlag berechnet werden, auch muß sich der Verband für die Folge vorbehalten, Änderungen der Teuerungszuschläge ohne Einhalten bestimmter Fristen mit sofortiger Wirkung bekannt zu geben.

#### Durch die allgemeine schlechte Flachsernte des Auslandes

und das Ausbleiben der belgischen Zufuhren ist Deutschland in Leinengarnen wieder ganz auf die geringe deutsche Ernte angewiesen. Es dürfte in Leinengeweben die gleiche Knappheit eintreten wie im vorigen Jahr. Die Leinwebereien sind die einzige Gruppe der Textilindustrie, die an Rohstoffmangel leidet. Es fehlt eben Sowjet-Rußland mit seiner Riesenschleckernte auf dem Weltmarkt. („Textilwoche“ vom 9. September.)

### Aus unserer Bewegung.

#### Zur Frage der Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes

erhalten wir von einem Teilnehmer an der Generalversammlung in Münster nachfolgende Einlegung, die die Beachtung aller Verbandsmitglieder verdient:

In Ergänzung zu dem zeitgemäßen Artikel über unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter in unserm Verbandsorgan möchte ich einige kurze Anmerkungen machen. Selbentzung der Verbands-Generalsammlung haben die beiden Zentralvorsitzenden unseres Verbandes zur Frage der finanziellen Stärkung unseres Verbandes Feststellungen gemacht, an die kein Verbandsmitglied achtlos vorbeigehen sollte. Ueberall in den Ortsgruppen, wo ich über die meines Erachtens wichtigste Aufgabe unseres Verbandes bei der Berichterstattung über die Generalversammlung in Münster diesen Punkt berührt habe, wurde mir von unsern Mitgliedern rückhaltlos zugestimmt. Darum habe ich mich entschlossen, die hier in Frage kommenden Nebenbedingungen wiederzugeben.

„In den 21 Monaten der Berichtszeit,“ so bemerkte Kollege Fahrenbrach, „waren wir an 219 Streiks beteiligt. Größere Streiks haben wir 12 führen müssen und wir waren bei drei Ausperrungen beteiligt. Gegen ein Verlangen der Arbeitgeber auf Lohnabbau müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Es muß ganz im Gegenteil ein wesentlicher Lohnaufbau vorgenommen werden, wenn wir nur halbwegs wieder zu den niederschlägigen Verhältnissen kommen wollen.“

Am Schluß der mündlichen Ergänzung zum Geschäftsbericht führte der Kollege noch aus: „Wir sehen die Änderungen in unserer Wirtschaftsverfassung sich vollziehen. Wir werden finden, daß in der nächsten Zeit die Preise für fast alle Erzeugnisse in einer Weise hinaufschmelzen, wie viele es heute noch vor sich glauben werden.“

(Ist leider inzwischen bereits Tatsache geworden. Die Meh.) Dem werden sich die Löhne der Textilarbeiter anpassen müssen. So glatt wird das aber ganz bestimmt nicht hingehen. Ohne Kämpfe werden wir hier die berechtigten Forderungen der Textilarbeiter nicht erfüllt sehen, trotzdem wir es so sehr wünschen möchten. Aber wir kennen ja unsere Arbeitgeber, und darum ist die dringende Bitte an alle Delegierten zu richten, draußen in unsern Kreisen für die wichtige Aufgabe der Stärkung der Verbandsklasse Verständnis zu wecken.“

Was praktisch zu geschehen hat, um die finanzielle Leistungsfähigkeit zu heben, wurde ebenfalls in Münster von dem Kollegen Otte durch folgende Ausführungen gezeigt:

„Vielfach wird gesagt, der Stand der Zentralkasse sei ein sehr günstiger zu nennen. Seien wir aber offen: Im Verhältnis zum Geldwert ist das Verbandsvermögen ungenügend. Es ist zu gering. Ein einziger großer Streik und dann — ja dann kommt der große Gedankenstreich — dann ist alles schnell verpufft. So müssen wir rechnen. Es stände ja bedeutend besser um die Zentralkasse, wenn überall die vorgeschriebenen Beiträge in der Berichtsperiode geleistet worden wären entsprechend den Stundenlöhnen. Aber in vielen Fällen hat man sich, trotzdem das wirklich verdiente Einkommen viel höher war, nicht dazu aufgeschwungen, diese Beiträge zu leisten. Darum muß in Zukunft da nach dem Rechten gesehen werden.“

Unsere Beiträge stehen nicht im entferntesten mehr im Einklang mit dem wirklichen Stundenverdienst. Im Verhältnis zur Geldentwertung ist ja der Beitrag auch viel niedriger, als früher. Unbedingt müssen darum unsere Beiträge im Einklang mit dem statistischen Grundsatze, d. h. im Einklang mit den Stundenlöhnen gebracht werden.“

Das ist aber nur eines der Mittel, das angewendet werden muß um das wichtigste Machtmittel unserer gewerkschaftlichen Organisation auszubauen. Unter allen Umständen hinzukommen müssen auch die beiden anderen bereits im Verbandsorgan vorgezeichneten Wege, nämlich: Freiwilliger Beitritt der Mitglieder in höhere Beitragsklassen und Schaffung besonderer Kampffonds in allen Bezirken und Ortsgruppen unseres Verbandes. Empfehlenswert wäre die Beschaffung besonderer Kampffondsmarken durch die Zentrale unseres Verbandes. Vor vielen Jahren fand einmal die Verleptch-Marke recht guten Absatz und in neuester Zeit sind in einigen Bezirken mit recht gutem Erfolge Hausbaumarten vertrieben worden. Soll denn da die Beschaffung einer künstlerischen und geschmackvollen Kampffondsmarke so schwierig sein? Wenn wir unser ganzes Arbeiten in der nächsten Zeit im Verbands einstellen auf eine unermüdbliche Propagandatätigkeit für eine innere und äußere Stärkung unseres Verbandes, dann können wir ganz getrostes Mutes und mit aller Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. pb.

### Besondere Bekanntmachungen.

Mit dem 1. Oktober sind die erhöhten Beiträge in Kraft getreten. Die erhöhten Unterstützungssätze treten am 1. Jan. 1922 in Kraft. Anspruch auf die höheren Sätze haben aber nur diejenigen Mitglieder, welche am 1. Jan. n. Js. 13 Wochenbeiträge der höheren Beitragsklasse, welche für sie laut Statut in Frage kommt, geleistet haben. Wer am 1. Januar noch keine 13 höheren Wochenbeiträge entrichtet hat, muß die statutgemäße Wartezeit von 26 Beitragswochen bestehen. Die erhöhte Streikunterstützung ist schon am 1. Oktober in Kraft getreten.

Der Zentralvorstand.

#### Lokalbeamte gesucht.

Es macht sich die Notwendigkeit geltend, in einigen Bezirken (Westfalen, Hannover, Sachsen, Württemberg) noch Lokalbeamte anzustellen. Als Bewerber können nur fähige und tüchtige Kräfte in Frage kommen. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit im Verbands und im Vereinsleben und unter Beifügung eines selbstverfaßten kurzen Lebenslaufes an den Zentralvorstand bis 25. Oktober erbeten.

Der Zentralvorstand.

#### Inhaltsverzeichnis.

Nuße die Zeit! — Artikel: Unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter. — Schnitter Tod. — Zur Beherzigung für alle Verbandsmitglieder. — Christlich-nationaler Gewerkschaftskongress der Schweiz. — Zur Begründung über die Lohnpändung. — Fenikston: Frauenarbeit — ihre Wertung und Bedeutung für die Volksgesamtheit. — Allgemeine Mundschau: Ein „freies“ Gewerkschaftsstatut gründet einen Freidenkerverein. — Freie Gewerkschaften und Kirchenaustritt-Bewegung. — Preiswucher! — Die Niederlage der Kommunisten auf dem internationalen Metallarbeiterkongress. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Kann der Arbeiterrat auch die Befugnisse eines Betriebsrats ausüben? — Verbindlichkeitsklärung. — Aus unserer Industrie: Erhöhung der Löhne in der Baumwoll-Färberei. — Durch die allgemeine schlechte Flachsernte des Auslandes. — Aus unserer Bewegung: Zur Frage der Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes. — Besondere Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lammstraße 23.